



Zeitung der Grünen Hochschulgruppe Göttingen

# GrünPhase

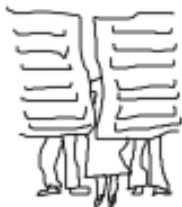
*Die Alternative*

## Geschlossene Gesellschaft

Die jetzigen Schließungen der sozialwissenschaftlichen Fächer an der Uni Göttingen sind keine Ausnahme. Jura in Bremen, VWL in Heidelberg, Politik, BWL und Jura in Rostock sind nur einige weitere Beispiele, in denen geisteswissenschaftliche Studiengänge eingestampft werden sollen.

Zwar können und sollten wir dem Präsidenten fehlendes Engagement für unsere Universität vorwerfen, die Gründe für das Programm, welches uns derzeit vorgespielt wird, sind nicht göttingen- und universitätsspezifisch.

Kürzungen, Sozialreformen und Sparmaßnahmen sind vor ihrem gesellschaftlichen Hintergrund zu betrachten. Sie mögen nicht aus purer Böswilligkeit und Willkür erfolgen, sondern das Ziel haben, das unter den gegebenen Bedingungen Bestmögliche umzusetzen. Das Problem dabei ist allerdings, dass veränderbare Bedingungen oft als gegeben und unverrückbar angesehen werden: Der Sachzwang lässt grüßen. Allzu selten wird



hinterfragt, ob es sich wirklich um Sachzwänge handelt oder ob es Möglichkeiten gibt, die bestehenden Verhältnisse zu verändern.

Ständig reden uns PolitikerInnen und Medien ein, dass Deutschlands Kassen

„absolut leer“ sind. Schuld daran seien vor allem hohe Ausgaben im Sozialbereich, eine stagnierende Wirtschaft, die hohe Arbeitslosigkeit etc. Eine höhere Besteuerung der Wohlhabenden und großen Firmen komme allerdings nicht in Frage, da diese ihre Milliarden schweren Jahresgewinne sonst im Ausland machen würden: Das bekannte Totschlagargument „Globalisierung“. JedeR müsse folglich „den Gürtel enger schnallen“ – auch die Universitäten könnten nicht ausgenommen werden. Gegen diese Denkweise sprechen selbst die einfachsten internationalen Vergleiche. So haben beispielsweise die skandinavischen Länder mit die höchsten Steuern in Europa und sind gleichwohl ökonomisch sehr erfolgreich. Wenn wir nun aber zunächst dieser Logik folgen, dann liegt es nahe, das wenige verbliebene Geld auf diejenigen universitären Einrichtungen zu konzentrieren, die hohe Leistung zeigen. Im Gegenzug müssen schwächere Institute und Studiengänge abgewickelt werden, da eine „Aufpöpelung“ nicht mehr finanzierbar ist: „Stärken stärken, Schwächen schwächen“ – so das folgerichtige Motto des Wissenschaftsministers Stratensch.

Dies bedeutet nichts anderes als die Anwendung darwinistischer Ideen auf Gebiete der Gesellschaft, die sich auch in der Sprache unseres Präsidenten niederschlägt, der beispielsweise von mangelnder „biologischer Überlebensfähigkeit“ einzelner Studiengänge spricht. Aus dieser sozialdarwinistischen Haltung heraus resultiert folgerichtig ein enormer Wettbewerbsdruck zwischen den Universitäten. Leistung steht an erster Stelle, sonst ist man ja selbst irgendwann von der Schließung betroffen. Jede Uni will zu den Stärksten gehören, eine rücksichts-

@ Ausgabe Nr. 21 - Nov. 2005

## Editorial

*Liebe Leserinnen und Leser,*

*was sind das nur für stürmische Zeiten im sonst so beschaulichen Göttingen: Zuerst ein paar rechte IdiotInnen, die meinten, ihre menschenverachtenden Schein-Lösungen für tatsächlich existente soziale Probleme in einem Aufmarsch kundtun zu müssen. Dann erfahren wir von unserem Uni-Präsidenten mal so nebenbei, dass die Politik, der Sport und die Pädagogik abwickeln werden.*

*Und zu guter letzt versucht auch noch nächste Woche, der Castortransport seinen Weg durch unsere Uni-Stadt zu bahnen. Zufall? Oder steckt dahinter vielleicht doch ein gemeinsamer Hintergrund? Zum Beispiel eine Gesellschaftsordnung, die jede Menge VerliererInnen produziert, die ihren Frust auch in rechten Parolen äußern. Oder eine Gesellschaftsordnung, die im neoliberalen Eliten- und Leistungswahn ohne Rücksicht auf Verluste rationalisiert. Oder auch eine Gesellschaftsordnung, die dermaßen fortschrittsgläubig ist, dass sie sämtliche Risiken, mit denen die Atomkraft verbunden ist, einfach komplett ausblendet. Wie auch immer - diese Entwicklungen darf die GHG natürlich nicht unkommentiert lassen. Viel Spaß beim Lesen und Nachdenken!*

*Eure GHG*

## Impressum:

**GrünPhase - Die Alternative** ist die Zeitung der *Grünen Hochschulgruppe Göttingen*, Goßlerstraße 16a, 37073 Göttingen. V.i.S.d.P.: U. Bernhard.

[www.ghg-goettingen.de](http://www.ghg-goettingen.de)  
e-mail: [info@ghg-goettingen.de](mailto:info@ghg-goettingen.de)

lose Jagd nach scheinbaren Wettbewerbsvorteilen entsteht. Aus diesen Gründen hat sich offensichtlich die Leitung der Uni Göttingen entschlossen, ihr Heil in einer naturwissenschaftlichen Forschungs-Eliteuni zu suchen. Dieses Ziel kann mensch bei den knappen Finanzmitteln nur erreichen, wenn mensch nicht ständig auch noch „sozialwissenschaftlichen Ballast“ mitfinanzieren muss. So wird alles wegrationalisiert, was einer starken Eliteuni im Wege stehen könnte oder sich ganz einfach dem Leistungsdruck widersetzt. Dieser vorherrschende Leistungszwang zeigt sich nicht zuletzt auch in der Einführung der Bachelor- und Masterstudiengänge, die - in Kombination mit Studiengebühren - den Druck an den Unis nochmals erhöhen. Das Studium soll kurz und intensiv werden, damit die Studierenden schnellstmöglich dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen können. Absicht ist es, Studierende marktkonform auszubilden, umfassende Bildung gilt als überflüssiger Luxus, den sich in Zeiten des Globalisierungswettbewerbs niemand mehr leisten darf.

Übrigens sind genau in diesem Zusammenhang auch „Plastikwörter“ wie „Clusterbildung“ oder „Exzellenzinitiative“ zu sehen. Plastik deshalb, da derartige Wortschöpfungen künstlich, inhaltsleer und nicht authentisch sind: Auf euphemistische Art und Weise verschleiern sie auf euphemistische Art und Weise die Effizienz-Logik und ihre Zwänge, indem sie vorspiegeln, Unis würden von den Umstrukturierungen vor allem profitieren. Die derzeitigen Entwicklungen sind also im Kontext eines zunehmenden Rationalisierungszwangs zu sehen, der seine Wurzeln im vorherrschenden neoliberalen Zeitgeist hat. Dieser hat dazu geführt, dass die politischen Eliten Deutschlands die Steuern in den letzten Jahren kräftig gesenkt haben – so kräftig wie noch nie in der Geschichte. Daraus entstanden folgerichtig große Einnahmeausfälle, welche Ausgaben-senkungen nach sich zogen. Bildungsausgaben wurden von diesen Kürzungen nicht ausgenommen, sondern waren aufgrund des geringen öffentlichen Widerstands und noch geringeren Spielräumen in anderen Bereichen sogar überdurchschnittlich von den Kürzungen betroffen. Insofern ist es also an den Universitäten, die von höherer Stelle gesetzten „Sachzwänge“ zu exekutieren. Die Ziele „Staatsabbau“ und mehr „Zukunfts-investitionen“ (Bildung etc.) erwiesen sich als unvereinbar – und der Konflikt wurde de facto zugunsten des ersteren aufgelöst.

Aber warum konzentrieren sich fast alle Universitäten in Deutschland auf die Naturwissenschaften und wickeln nahezu ausschließlich Geistes- und Sozialwissenschaftliche Fächer ab? Hier kommt nun ein zweiter Punkt ins Spiel. Im Vergleich zu den Naturwissenschaften oder auch technischen Studiengängen scheinen die Geistes- und Sozialwissenschaften auf den ersten Blick ökonomisch nutzlos. Wenn man sich im harten Globalisierungswettbewerb behaupten will, dann kann mensch sich solche überflüssigen Spielereien einfach nicht mehr leisten, sondern muss auf Fachrichtungen setzen, die für die Gesellschaft konkrete materielle Fortschritte bringen. So die Denkhaltung, bei vielen EntscheidungsträgerInnen. Folgerichtig bekommen Universitäten ihren Etat künftig nach anderen Kriterien zugewiesen. Sie erhalten einen größeren Anteil am insgesamt schrumpfenden Kuchen, wenn sich Dritt-mittelquote und die Anzahl der Veröffentlichungen erhöhen. Dies führt zu einer Konzentration auf Naturwissenschaften und Forschung. Im Wettbewerb um die weiter schrumpfenden Bildungsausgaben versuchen alle Universitäten, bei diesen Kriterien gut abzuschneiden. Natürlich kann es in einem solchen Wettbewerb nicht nur GewinnerInnen geben. Die meisten Universitäten werden in ihrem Streben, eine naturwissenschaftliche Elite-Uni zu werden, scheitern. Zwänge wirtschaftlicher Art dominieren also den universitären Raum – und die Wissenschaft verliert an Freiheit und Kritikpotential.

Dabei ist eine solche Denkart nicht nur grundfalsch, sondern auch gefährlich. Gerade der neoliberale Zeitgeist erfordert eine kritische Wissenschaft, die gesellschaftliche Entwicklungen reflektiert und hinterfragt. PhysikerInnen tragen – bei allem Respekt – mit ihrer Forschung eher wenig dazu bei, das Konfliktpotential der zunehmenden Kluft zwischen Arm und Reich oder die Wurzeln des erstarkenden Neonazismus zu erkennen und zu diskutieren. Gerade um solche brisanten Fragen zu beantworten, brauchen wir eine kritische Wissenschaft, die gesellschaftliche Fehlentwicklungen aufdeckt und anprangert und somit als Korrektiv eines Zeitgeistes absolut notwendig ist, der menschliche Schicksale nur noch in Gewinn- und Verlustrechnungen auszudrücken weiß. Diesen Prozess kritisch zu analysieren und die ihn tragenden Ideologien und Mythen zu enthüllen, scheint nötiger denn je! Das können nun mal hauptsächlich die Geistes- und Sozialwissenschaften leisten. Somit ist es auf Dauer bedrohlich, Bildung und Wissenschaft kurzfristigen ökonomischen Nützlichkeitsbewertungen zu unterwerfen. Ursache dafür ist im Wesentlichen die

Orientierung an kurzfristig sichtbaren und individualisierbaren Gewinn. Eine langfristige und gesellschaftliche Perspektive würde erkennen, dass der Abbau der Sozialwissenschaften zu negativen Auswirkungen auf die gesamte Gesellschaft führen kann und wahrscheinlich auch wird. Das durch die Politikwissenschaften generierte Wissen führt vielleicht nicht zu kurzfristig steigenden Unternehmensgewinnen, es trägt aber dazu bei, die Funktionsfähigkeit der Demokratie zu erhalten und zu verbessern. Die Vernachlässigung der Sozialwissenschaften auch an den Schulen führt zu einer Reduktion der Bildung auf die Herausbildung der gesellschaftlichen Funktion als ArbeitnehmerIn und ProduzentIn. Die mindestens ebenso wichtige gesellschaftliche Funktion als StaatsbürgerIn und gestaltendes Subjekt bleibt dabei mehr und mehr auf der Strecke, ganz zu schweigen von Selbstverwirklichung und persönlicher Autonomie. Irgendwann wird mensch natürlich bemerken, dass Sozialwissenschaften gebraucht werden. Aber muss dies wirklich erst dann der Fall sein, wenn sich die negativen Folgewirkungen entfalten und die zerschlagenen Strukturen in einem langwierigen und kostspieligen Prozess neu geschaffen werden müssen?

Welche Schlüsse kann man nun aus diesen Entwicklungen ziehen? Es ist festzuchen, sondern muss in einem breiten gesamtgesellschaftlichen Kontext stattfinden. Die Politik darf sich nicht darauf beschränken, lediglich selbstgemachte Sachzwänge zu verwalten. Globalisierung ist keine Naturkonstante und nicht ohne Alternativen, sondern von Menschen gewollt und von Menschen gemacht. Deshalb ließe sie sich auch so gestalten, dass sich wieder mehr Handlungsspielräume ergeben, um beispielsweise die leeren Kassen wieder zu füllen. Denn eines darf nicht vergessen werden: Geld ist genügend vorhanden, lediglich die Verteilung ist falsch! Eine Politik, die den Menschen wieder in den Mittelpunkt stellt und nicht als bloßes ökonomisches Objekt betrachtet, ist denkbar und möglich. Möglich ist es auch, wieder Freiräume ohne ökonomische Sachzwänge zu schaffen – gerade auch für kritische und unbequeme Wissenschaft! Es ist nur allzu menschlich, in einer insgesamt schwierigen Situation nach einem Weg zu suchen, der persönlich am wenigsten schmerzhaft ist. Trotz dem dürfen wir uns den politisch gesetzten Zwängen nicht unterwerfen, wie dies etwas das Uni-Präsidium tut, sondern können und müssen den Mut aufbringen, uns dagegen zu wehren.

# Wir wollen keinen Statthalter wir wollen eine selbstbestimmte Uni

Noch sei nichts entschieden, es handele sich nur um „Vorschläge“! Von Figura wünscht sich einen Dialog mit Studierenden und MitarbeiterInnen bis Ende des Wintersemesters Mitte Februar. Doch um was für einen Dialog soll es sich dabei handeln, bei dem die Ergebnisse schon vorher festzustehen scheinen? Figura sagt eben nicht, dass die Uni ab dem nächsten Wintersemester keine Studienanfänger in Politik aufnimmt, WENN wir im Dialog zu einem entsprechenden Ergebnis kommen. Nein! Er sagt, dass ab nächstem Wintersemester keine neuen Bewerber mehr aufgenommen werden. Basta! Auf Nachfrage wird die Farce Figuras Kooperationsbereitschaft noch deutlicher: Er muss zugeben, dass die Bachelorstudiengänge in den entsprechenden Fächern innerhalb der nächsten drei Wochen zur Akkreditierung eingereicht werden müssen, um sie im Winter 2006 anbieten zu können. Wenn überhaupt Dialog, dann also nur bis Ende November.

Immer deutlicher wird auch die eigenmächtige Vorgehensweise des Präsidiums. Gremien werden übergangen und erst informiert, wenn das Ergebnis feststeht. Das Prä-

## FIGURAS „VORSCHLÄGE“

**Politikwissenschaften:** Hier sei keinerlei Schwerpunktbildung zu erkennen, die Politikwissenschaften seien „nicht entwicklungsfähig“ und damit an eine Fortführung nicht zu denken. Das Institut für Politikwissenschaft wird geschlossen, der grundständige Studiengang läuft aus. Zwei Professuren, die das Politik-Lehramtsstudium abdecken sollen, werden in die Soziologie aufgenommen.

**Pädagogik:** alle Aktivitäten seien mit zwei W2- und zwei W3-Professuren mit jeweils einer halben bzw. ganzen MitarbeiterInnenstelle auf die Schulforschung zu konzentrieren. Kein grundständiger Studiengang mehr, aber Promotion. Lehramtsstandort Göttingen soll dadurch gestärkt werden.

**Sport:** Hochschulsport sei nicht betroffen, nur noch auf Lehramt studierbar. **Methodenzentrum:** Sei exzellent evaluiert worden, hier könne sich ein echter Forschungsschwerpunkt mit der Soziologie ausbilden. Es gebe eine personelle Aufstockung im MitarbeiterInnenbereich.

Die bestehenden Studiengänge, in die bis einschließlich Sommersemester 2006 immatrikuliert werde, sollen für 13 Semester offen bleiben.

sidium scheint in diesem Vorgehen immer mehr Macht an sich zu binden, der Senat und die entsprechenden Fakultätsorgane werden zu / sind zu geworden Nebenschauplätzen zu werden.

## Studierende als Störfaktor

Obwohl für Figura die jetzigen Entwicklungen schon seit Juni dieses Jahres absehbar waren, hat er keinen Ton gesagt. Anstatt sich für seine Studierenden und MitarbeiterInnen gegenüber dem Land einzusetzen, entwickelt der pragmatische Figura gleich ein Konzept, wie er die Kürzungen des Landes am besten verkraften und die ins Stocken geratenen Clustergespräche (siehe „Stärken stärken, Schwächen schwächen“) wieder in Gang bringen kann. Zwar gibt sich Figura als verantwortungsvoller Präsident, indem er den Aufnahmestopp ab nächstem Wintersemester damit begründet, StudienbewerberInnen sei ein Studium unter diesen Umständen nicht mehr zuzumuten. Ein solches „Verantwortungsbewusstsein“ suchen wir gegenüber der Sozialwissenschaftlichen Fakultät aber vergeblich. Weder denkt er an die jetzigen Studierenden, die in Zukunft unter immer schlechter werdenden Bedingungen studieren müssen und mit dem Stigma eines aus Perspektivlosigkeit geschlossenen Instituts ins Berufsleben entlassen werden. Noch denkt er an die promovierenden Studierenden, deren Chancen Fördergelder zu bekommen mit der Hiobsbotschaft der Schließung fast unmöglich geworden sind. Bleiben schließlich die MitarbeiterInnen, die um ihren Arbeitsplatz fürchten müssen und natürlich die ProfessorInnen, für die die unverschämte und herablassende Redeweise Figuras eine Beleidigung ohne Vergleich ist.

## Der Statthalter von Göttingen

Immer wieder spricht der Präsident von Exzellenz oder davon, dass sich die Uni Göttingen keine Professuren leisten, die vor lauter Lehre keine Zeit zur Forschung übrig haben. Warum fordert Figura das Land Niedersachsen dann nicht auf, weitere Professuren zu ermöglichen, um das Ungleichgewicht zwischen Studierenden und ProfessorInnen auszugleichen? Figura ist eben nicht der Präsident, der sich an die Spitze seiner Universität stellt und den Kampf gegen das Land anführt. Im Gegenteil: Er regiert wie ein Statthalter des Wissenschaftsministeriums. Es ist eigentlich schade, dass Figura nicht mehr Courage für eine Universität aufbringt, die ihm seit 1986 viel gegeben hat.

**Wie wird die Geschichte wohl ausgehen?** Figura hat in der Fakultätsratsitzung deutlich gemacht, dass er nicht mehr zu überzeugen ist. Argumente, die die Wichtigkeit der Sozialwissenschaften auch in naturwissenschaftlichen Entwicklungen betonten (mensch denke an die Atombombe) prallten an seiner arroganten Person ab. Auch verweigerte er sich Fragen nach dem genauen Inhalt des Evaluationsberichts und verblieb mit der Bemerkung, dass der Bericht frei zugänglich sei und von jedem gelesen werden können. Wir haben ihn gelesen und festgestellt (siehe Kasten), dass Figura ein Bild zeichnet, dass im Bericht an keiner Stelle wieder gefunden werden kann.

## „STÄRKEN STÄRKEN-SCHWÄCHEN SCHWÄCHEN“

Und dieses Motto hat Wissenschaftsminister Lutz Stratmensch (CDU) die Cluster-Gespräche mit den Universitäten gestellt. Sein offizielles Ziel ist es, Fächer an schwach evaluierten Standorten zu schließen und im Gegenzug an starken Standorten zu stärken. So soll nun z.B. die Politik in Göttingen, die Soziologie in Hannover geschlossen und am jeweils anderen Ort „konzentriert“ und „gestärkt“ werden. Offensichtlich legt das Ministerium keinen Wert mehr auf die noch vor kurzem hochgejubelte Interdisziplinarität von Studiengängen- oder erwartet der Herr Minister, dass Studierende, die Politik und Soziologie studieren wollen, in Zukunft zwischen Hannover und Göttingen pendeln?

Ein weiterer Beweis dafür, dass die eigentlichen Gründe der Schließung die angeblichen Sparzwänge und die angestrebten Clusterbildungen in Niedersachsen sind.

Figura ist als Präsident die zentrale Figur des Präsidiums und ist hier als sein Stellvertreter genannt. Das gesamte Präsidium wird über die Schließung der SoWi-Fächer entscheiden. Dem Senat ist nur noch eine beratende Funktion zugeschrieben.

Dieses Präsidium macht derzeit nicht einmal den Versuch, die Interessen der Studierenden und MitarbeiterInnen zu vertreten, es hat an dieser Universität nichts mehr verloren. Anstelle eines neuen Präsidiums und eines neuen Präsis, wollen wir eine Uni, an der wichtige Entscheidungen in Gremien getroffen werden, welche die Betroffenen repräsentieren! Die Paritäten in den Gremien müssen zu Gunsten der Studierenden verändert werden. Entscheidungen dürfen nicht von einzelnen Personen bzw. elitären Zirkeln getroffen werden, da Studierende, MitarbeiterInnen und ProfessorInnen als Teil der Hochschule über ihre Zukunft und ihre Universität selbst bestimmen sollen.

**EVALUATIONSBERICHT**

Der Forschungs-evaluationsbericht Politik und Soziologie der Wissenschaftlichen Kommission Niedersachsens aus dem Jahr 2004 spricht eine deutlich andere Sprache als Herr von Figura uns vormachen will.

Obwohl der Göttinger Politik einige Schwachpunkte und Versäumnisse vorgeworfen werden, wird ihr die Möglichkeit einer sehr guten Entwicklung bescheinigt. Immer wieder tauchen Begriffe wie innovativ oder erfolgreich auf. Besonders die Parteienforschung, dessen Aushängeschild Figuras derzeitiger Intimfeind Franz Walter ist, zeige laut Bericht „ein beachtliches Qualitätsniveau“, außerdem gebe es eine „bemerkenswerte Breite von Publikationen und Transferleistungen“ (S. 47). Die Parteienforschung sei national anerkannt und hätte beste Aussichten auch international beachtet zu werden. Auch die Göttinger Soziologie erfährt eine sehr gute Bewertung. Hier werden vor allem das SOFI und das Methodenzentrum gelobt.

Die Bewertung der Fächer in Hannover klingt im Vergleich zu Göttingen negativer. So wird schließlich sogar ein extern moderierter Neu-

anfang der Sozialwissenschaften gefordert. Schaut mensch sich jeweils die finanzielle Ausstattung an, fällt auf, dass Hannover in der Politik eine doppelt so hohe Ausstattung hat wie Göttingen, Göttingen aber drei Mal mehr Drittmittel zur Verfügung stehen. In der Soziologie hingegen ist die Göttinger Soziologie sowohl besser ausgestattet als auch um ein vielfaches an Drittmitteln besser versorgt als Hannover.

Lassen sich die Vorschläge Figuras also am Bericht begründen? Im Gegenteil! Der Bericht deckt auf, wie Bildungspolitik in Niedersachsen gemacht wird:

Die Göttinger Soziologie ist sehr gut bewertet und entsprechend ausgestattet. Entsprechend der Clusterbildung steht Göttingen als Standort für die Soziologie also fest, da diese in Hannover weit schlechter ist als in Göttingen. Das heißt für die Politik: „Ab nach Hannover!“ Und das obwohl in Göttingen mehr Drittmittel eingeworben werden, die Politik im Bericht besser evaluiert ist und ihr auch bessere Zukunftsaussichten bescheinigt werden. Von „Stärken stärken, Schwächen schwä-

chen“ (Lutz Stratmann) kann also hier nicht die Rede sein.

Sollte unsere Forderung also lauten: „Soziologie und Politik in Hannover schließen und in Göttingen stärken?“ Natürlich nicht! Beide Fächer müssen an beiden Standorten bestehen bleiben und endlich die Ausstattung bekommen die einen qualitativ hochwertigen Betrieb zulässt!

Ihre Meinung zu den so genannten Clustern verheimlicht die Kommission übrigens auch nicht: „...im Gegenteil sind viele der drängenden Fragen in ihrer Komplexität nur dann angemessen zu beantworten, wenn sie im Zusammenspiel unterschiedlicher Disziplinen bearbeitet werden“ (Seite 13).

Die Zitate und Seitenangaben beziehen sich auf den Forschungs-evaluationsbericht Politik und Soziologie der Wissenschaftlichen Kommission Niedersachsens aus dem Jahre 2004. Ihr findet ihn unter [www.ghg-goettingen.de](http://www.ghg-goettingen.de)

## Keine Chance dem NPD-Wanderzirkus

Am 29.10. hatte die NPD zusammen mit „Anhängern (und Anhängerinnen, Anm. d. Red.) der Nationalen Volksfront“ und anderen „freien Nationalisten (und Nationalistinnen, noch mal Anm. d. Red.)“ zu einer Demonstration unter dem Motto „Sozialabbau, Rentenklau, Korruption – Nicht mit uns!“ aufgerufen. Die von der Stadt bewilligte und erst in letzter Minute vom OVG Lüneburg genehmigte Route sollte über insgesamt 7 Stunden (!) durch Göttingens Uni- und Ostviertel, vorbei an ehemals in

jüdischem Besitz stehender Häuser und dem Ort der Bücherverbrennungen von 1933, führen.

Viele Gruppen, darunter auch die GHG, hatten zu vielfältigen Gegenaktionen aufgerufen. Unter Federführung des DGB demonstrierten am Platz der Synagoge ca. 5000 Menschen. Leider gelang es aufgrund der großen Polizeipräsenz nicht, auf die Route der Neonazis zu gelangen, um diese zu blockieren. Währenddessen bewegten sich

viele AntifaschistInnen direkt im Uni- und Ostviertel um die Demoroute zu blockieren. Einige entzündeten auf der weiteren Strecke Barrikaden aus Unrat und Mülltonnen – AnwohnerInnen spendeten Grillanzünder, Altpapier und Sperrmüll. Die Polizei versuchte, die NPD-Demo über die Weender Landstraße umzuleiten. Dort hatten sich aber schon etliche Gegendemonstrierende eingefunden (darunter viele TeilnehmerInnen der zwischenzeitlich aufgelösten DGB Demo) und machten mit Sprechchören und Plakaten, aber auch mit Eiern und Biomüll als Wurfgeschossen, den Aufmarsch für die Rechten zum Speißbrutenlauf. An der Kreuzung zum Kreuzberggring schließlich sah sich die Polizei nicht mehr in der Lage, die Sicherheit der NPD-DemonstrantInnen sicherstellen zu können – und eskortierte sie schließlich zurück zum Bahnhof.

Welches Fazit können wir ziehen? Zum einen war es natürlich eine Niederlage der NPD. Sie konnte nur einen Bruchteil der Strecke marschieren – und dies auch nur im Schutz des riesigen Polizeiaufgebotes. Zum anderen war es in letzter Zeit eher selten zu sehen, dass autonome Antifas ganze Straßen unter ihrer Kontrolle hatten. Ehrlicherweise muss mensch sagen, dass es wohl weniger die



Nach Eiben-Kahlschlag: So haben wir uns Brgrünung nicht vorgestellt

friedlichen Demonstrierenden, sondern vielmehr gerade diese Barrikaden waren, die zum Scheitern der NPD-Demo führten. Dass in Deutschland (und natürlich auch nirgendwo sonst) nicht noch einmal Nazis marschieren dürfen, dürfte als gesellschaftlicher Konsens gesehen werden. Zumal sie von einer Partei repräsentiert werden, die, wenn sich der Staatsschutz nicht total verzettelt hätte, wahrscheinlich schon längst verboten wäre. Klar ist auch, eine friedliche Blockade ist hier das Mittel der Wahl: Tausende BürgerInnen blockieren hierbei



die Strecke der Nazis, diese stehen ein wenig herum, frieren und müssen anschließend nach Hause fahren.

Aber leider haben wir mit Herrn Schünemann von der CDU in Niedersachsen einen Law- und Order Innenminister, der direkte Anweisungen gibt, einen NPD-Aufmarsch zur Not mit Gewalt durchzuprügeln. So geschehen unter anderem in Braunschweig, wo friedliche Demonstrierende, unter ihnen Schulklassen, mit Wasserwerfern und Schlagstöcken von der Straße geräumt wurden. Auch in Göttingen wurde diese Linie verfolgt, was sich auch daran zeigte, dass versucht wurde, Sitzblockaden mit Stiefeltritten in die Rippen bereits am Boden liegender Demonstrierender aufzulösen. Effektiver friedlicher Protest wird somit unmöglich gemacht!

Eine zunehmende Radikalisierung, wie in Göttingen geschehen, war daraufhin für viele Menschen die einzige realistische Möglichkeit, den Aufmarsch Rechter stoppen zu können.

Wenn mensch jetzt die Kosten für Aufräumarbeiten und verbrannte Mülltonnen beklagt, so muss mensch also auch beachten, dass die militanten Aktionen auch als eine

Gegenreaktion auf das enttäuschende Verhalten von CDU-Politik und Polizeileitung zu sehen sind. Allerdings ist Gewalt gegen Menschen (z.B. Steinwürfe) völlig inakzeptabel! Es gibt Alternativen: Am 1.10. konnte die Polizei in Leipzig nicht rechtfertigen, eine Blockade von „nur“ 700 friedliche

Gegendemonstrierende aufzulösen. In Braunschweig waren es 3000 - sie wurden trotzdem geräumt. In Göttingen wären es noch mehr gewesen! Friedlicher, gewaltfreier Protest kann also sehr wohl wirksam sein, wenn er von „Oben“ nicht verhindert wird!

Und was macht unser ADF/RCDS-AStA? Dieser konnte leider nicht über seinen eigenen Schatten springen und weigerte sich, zur DGB-Demo zu mobilisieren. Stattdessen gab es eine eher peinliche Aktion mit Luftballons auf dem Campus. Und der am AStA beteiligte CDU-Ableger RCDS fand es noch wichtig, auf ihrer Homepage darauf hinzuweisen, dass die Barrikade der Autonomen mit einem Räumpanzer „Typ Fuchs“ geräumt wurden. Oh ja, wie spannend! Genauso wichtig ist es aber, auch das nächste Mal gemeinsam mit allen AntifaschistInnen der NPD und anderen Nazis zu zeigen, dass für ihre rechte Fliegenfängerei weder in Göttingen noch sonst irgendwo Platz ist!

## Sprachkurse kostenpflichtig

Seit diesem Semester erhebt das Sprachlehrzentrum Gebühren auf seine Sprachkurse. 1000 Überweisungsscheine wurden ausgegeben. 10 Euro für einen einmal die Woche stattfindenden Kurs, bitte; doppelt so viel für den Zweimal-wöchentlichen. Vermutlich eine Einstiegsgebührenhöhe. Studienrelevante Kurse seien kostenlos. Bleibt die Frage: Was ist studienrelevant? Darf eine Medizinerin chinesisch lernen und ein Mathematiker Französisch? Darf festgelegt werden, welche Studien nun kostenpflichtig sind, welche relevant? Darf ich in Zukunft zahlen, wenn ich ein Kurs in einem Fach bezahle, für welches ich nicht eingeschrieben bin? Fest steht: Der Gedanke der universalen, allgemeinen Universität wird ein weiteres Mal untergraben. Danke dafür.

+ + +

## Neue Senatorin

Im Sommer verabschiedete sich unser Senator Daniel zum Erasmusaufenthalt an die Cote a Sur?. Wir können es ihm nicht verübeln und danken ihm für sein Engagement. Neue Senatorin, Vertreterin grüner Inhalte und von „Demokratie, Transparenz und Gleichberechtigung“ ist nun Christina Henkel (GHG). Damit heben wir den Frauenanteil im 13-köpfigen Senat sogleich von 15 auf 23%! In der nächsten Legislaturperiode wird wiederum ein E Juso die Grün-Rote Senatsliste vertreten.

Nächste Senatssitzung: Mi, 14.12.

(14h, öffentlich, Aula am Wilhelmsplatz)

+ + +

## www.bildungsklau.de

Infos, Termine und Vernetzung zu buntem Protest gegen Fächerschließung und Studiengebühren.

# Der Castor kommt!

+++ Durchfahrt in der Nacht von Sonntag auf Montag erwartet +++

In der Nacht von Sonntag auf Montag wird es aller Voraussicht nach wieder einmal so weit sein: Während im Wendland bereits seit Tagen die sog. „Grünen Wochen“ in denen die vielen AktivistInnen im Lüchow-Dannenberg-Kreis „mit Mut, Witz und Fantasie gegen den atomaren Wahnsinn Flagge zeigen“ begonnen haben, wird auch über Göttingen eine Art Ausnahmezustand verhängt. Hunderte Polizisten patrouillieren durch die Straßen, Hubschrauber fliegen im Tiefflug über der Stadt und Studis werden, nur auf Grund ihres Aussehens, den Bahnhof und andere Orte in Nähe der Schienen nicht mehr betreten dürfen. Die Bundesrepublik geht in Sachen Rechtsstaat aufs Ganze: So werden Grundrechte wie die Versammlungsfreiheit willkürlich und unrechtmäßig außer Kraft gesetzt. Der Castor kommt – und er kommt wahrscheinlich auch dieses Jahr wieder durch Göttingen.

In den letzten Jahren konnte der Atommülltransport auf seinem Weg in das Zwischenlager Gorleben mehrmals

erfolgreich gestoppt werden. Der notwendige Protest kann und sollte sich aber nicht auf Blockaden beschränken, sondern beginnt schon mit scheinbar kleinen Entscheidungen im Alltag. Für viele Studierende beginnt mit ihrem Studium auch ein Abschnitt vorher nie gekannter Autonomie. Plötzlich obliegt es uns und unserer WG selbst, ob wir Ökostrom bestellen und Energiesparlampen benutzen, ob in unseren Seminaren Forschung in Richtung alternativer Energien betrieben wird, ob Studierendenwerk und Uni energiesparend wirtschaften - oder ob wir weiterhin zwischen Atommüll und dem Risiko eines Super GAUs leben wollen. Vor diesem „Größten Anzunehmenden Unfall“ sind wir bei weitem nicht sicher: Auch die modernste Technik schützt vor menschlichem Versagen nicht!

Atommülltransporte sind unsicher, gefährlich, überflüssig. Ungeklärte Sicherheit der Castoren machen die Transporte ebenso zum Hohn wie die noch offene Frage der Endlagerung. Selbst die Lagerung von schwach bis mittelstarkem radioaktivem Müll ist mehr

als unsicher. Dies zeigt zum Beispiel der derzeitige Wassereintrich im niedersächsischen Versuchsendlager Asse II bei Wolfenbüttel. Asse ist wie das anvisierte Endlager Gorleben ein



Wieder Zeit für die Basis

ehemaliges Salzbergwerk und galt früher auch als „sicher“. Wegen des Wassereintrichs gelangen die radioaktiven Stoffe nun über kurz oder lang ins Grundwasser. Experten sind noch unschlüssig, ob und wie eine Bergung möglich ist.

Aus diesen und mehr Gründen gilt es, nicht beiläufig daneben zu wohnen, wenn dieser Transport einmal mehr durch Göttingen zieht. Es ist vielmehr dringend nötig, gegen diese unverantwortliche Art der Energiegewinnung deutliche Zeichen zu setzen!

Mehr Informationen zu Möglichkeiten in Göttingen um den Tag X finden sich auf: [www.puk.de/aapgoe](http://www.puk.de/aapgoe)

## Alles in Ordnung oder Zeit, was zu verändern?

Die GHG trifft sich jeden Dienstag  
20 Uhr c.t. im Sitzungssaal  
im Rosa-Luxemburg-Haus  
(AStA-Gebäude 1. Stock)  
Goßlerstr. 16b

internet: [www.ghg-goettingen.de](http://www.ghg-goettingen.de)  
email: [info@ghg-goettingen.de](mailto:info@ghg-goettingen.de)

**Grüne Hochschulgruppe Göttingen (GHG)**